

**Studienordnung zum Legum Magister  
der Juristenfakultät der Universität Leipzig<sup>1</sup>**

- Aufbaustudiengang für Studierende mit ausländischem Abschluß

-

vom 23.03.1998

Aufgrund von § 27 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz SHG) vom 4. August 1993 (Sächs. GVBl. S. 691) erläßt die Universität Leipzig für den Aufbaustudiengang Legum Magister der Juristenfakultät folgende Studienordnung:

Inhaltsübersicht

- § 1 Ziel des Studiums
- § 2 Zugangsvoraussetzungen
- § 3 Studienberatung
- § 4 Studienzeit, Studieninhalt und Studienumfang
- § 5 Studienleistungen
- § 6 Inkrafttreten

---

<sup>1</sup> In dieser Ordnung gelten grammatisch maskuline Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts. Frauen können die Amts- und Funktionsbezeichnungen dieses Gesetzes in grammatisch femininer Form führen. Dies gilt entsprechend für die Verleihung von Hochschulgraden, akademischen Bezeichnungen und Titeln.

## § 1 Ziel des Studiums

Das Magisterstudium ist ein Aufbaustudium an der Juristenfakultät der Universität Leipzig. Es dient insbesondere auch der Vorbereitung promotionswilliger Studierender auf eine anschließende Promotion. Der Studiengang soll den Studenten mit der deutschen Rechtstradition vertraut machen und ihm bei exemplarischer Vertiefung Grundkenntnisse des deutschen Rechts vermitteln.

## § 2 Zugangsvoraussetzungen

- (1) Zum Aufbaustudium Legum Magister wird zugelassen, wer
1. an einer Hochschule außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein rechts-wissenschaftliches Studium absolviert und dort eine der Ersten Juristischen Staatsprüfung gleichwertige Abschlußprüfung erfolgreich abgelegt hat. Der erfolgreiche Abschluß eines deutschen rechtswissenschaftlichen Studiums berechtigt nicht zum Studium im Aufbaustudiengang Legum Magister.
  2. über gute Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, die in der Regel durch eine an einer deutschen Hochschule abgelegte Feststellungsprüfung nachgewiesen werden und
  3. den Nachweis des Betreuers (vgl. Abs. 2) vorlegt.
- (2) Der Bewerber muß für die Feststellung der Zugangsvoraussetzungen die Erklärung eines Universitätsprofessors oder habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiters dem Prüfungsausschuß vorlegen, daß er den Bewerber während des Studienganges und bei der Erstellung der Magisterarbeit betreut und seine schriftliche Arbeit bewerten wird (Betreuer). Ein Wechsel des Betreuers ist nur in Ausnahmefällen möglich. Ob ein solcher Fall vorliegt, entscheidet der Prüfungsausschuß unter Bestellung eines anderen Betreuers aus der Fakultät. Ein Wechsel des Betreuers ist unbeschadet der Fälle höherer Gewalt nur einmal möglich.
- (3) Die Feststellung, ob die Zugangsvoraussetzungen erfüllt sind, trifft der Dekan der Juristenfakultät im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuß. Das Ergebnis der Feststellung der Zugangsvoraussetzungen ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen.

### **§ 3 Studienberatung**

Die allgemeine Studienberatung erfolgt im Bereich Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium, die studienbegleitende fachliche Beratung wird durch die Juristenfakultät wahrgenommen.

### **§ 4 Studienzeit, Studieninhalt und Studienumfang**

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt drei Semester. Im dritten Semester findet das Prüfungsverfahren statt. Auf begründeten Antrag kann die Studienzeit verlängert werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuß.
- (2) Während der Studienzeit hat der Bewerber Lehrveranstaltungen im Pflichtfach- und im Wahlpflichtfach (vgl. Abs. 4) von insgesamt mindestens 13 SWS zu besuchen. Die Lehrveranstaltungen sollen sich gleichmäßig auf die beiden Semester verteilen. Die einzelnen Lehrveranstaltungen wählt der Bewerber im Einvernehmen mit dem Betreuer aus. Die Teilnahme an einer Lehrveranstaltung in einem Grundlagenfach, einer Einführungsveranstaltung für Zivilrecht oder Strafrecht oder Öffentliches Recht sowie an einer Übung für Anfänger und an einem Seminar sowie zwei weiterer Lehrveranstaltungen ist verbindlich.
- (3) Pflichtveranstaltungen sind:

Einführungsveranstaltungen in einem Grundlagenfach:

Rechtsphilosophie	2 SWS oder
Rechtstheorie	2 SWS oder
Rechtsgeschichte	2 SWS oder
Rechtsvergleichung	2 SWS

Einführungsvorlesungen

Zivilrecht	3 - 6 SWS oder
Strafrecht	3 - 6 SWS oder
Öffentliches Recht	3 - 6 SWS

Ein Seminar nach Wahl 2 SWS

Übung für Anfänger 2 SWS  
in einem Hauptgebiet

Wahlpflichtveranstaltungen sind:

Vertiefungslehrveranstaltungen und Lehrveranstaltungen zu den Wahlpflichtfächern je 2 - 4 SWS wie sie der Studienablaufplan für das Studium zur Ersten Juristischen Staatsprüfung für die dortigen Wahlfächer ausweist.

## **§ 5 Prüfungsvorleistungen**

- (1) Während der Studienzeit hat der Bewerber Nachweise von Leistungen in vier der gemäß Abs. 2 besuchten Lehrveranstaltungen zu erbringen. In Nachweisen von Leistungen wird bestätigt, daß der Bewerber in dem Gebiet der Lehrveranstaltung ausreichende Kenntnisse erworben hat.
- (2) Die vier nachzuweisenden Leistungen sind:
  1. Die erfolgreiche Teilnahme an einer Übung für Anfänger im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht oder im Öffentlichen Recht,
  2. die erfolgreiche Teilnahme an einem Seminar, bei dem die schriftliche Seminararbeit mindestens mit der Note "ausreichend" bewertet wurde und
  3. je ein Gespräch von mindestens 15 Minuten, höchstens 30 Minuten Dauer, über den Stoff zweier weiterer Lehrveranstaltungen mit dem jeweiligen Veranstalter, das mindestens mit der Note "ausreichend" bewertet wurde.
- (3) Die Teilnahme an der Übung und dem Seminar gemäß Abs. 2 Ziff. 1 und 2 richtet sich nach der Übungs- und Seminarordnung zum Studiengang Rechtswissenschaft der Juristenfakultät der Universität Leipzig vom 30.12.1996.
- (4) Die Bewertung der Gespräche gemäß Abs. 2 Ziff. 3 richtet sich nach der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die Erste und Zweite Juristische Prüfung vom 3.12.1981 des Bundesministers der Justiz.
- (5) Die schriftliche Seminararbeit (Abs. 2 Ziff. 2) kann durch eine entsprechend bewertete Hausarbeit in einem Grundlagenfach (Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtsgeschichte, Rechtsvergleichung) ersetzt werden.

## **§ 6 Inkrafttreten**

- (1) Diese Ordnung wurde am 29.10.1997 vom Fakultätsrat der Juristenfakultät der Universität Leipzig beschlossen, ausgefertigt auf Beschluß des Senats vom 12.03.1996 und am 02.03.1998 dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angezeigt.
- (2) Diese Magisterordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Sie tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Leipzig, den 23.03.1998

Prof. Dr. med. V. Bigl  
Rektor

## **§ 18 Zeugnis**

Auf Antrag wird neben der Urkunde, die das Gesamtergebnis ausweist, ein Zeugnis ausgestellt, das die Einzelnoten enthält. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. Es ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

## **§ 19 Magisterurkunde**

- (1) Nach bestandener Prüfung erhält der Kandidat eine Magisterurkunde. Die Urkunde weist das Gesamtergebnis aus und beurkundet die Verleihung des akademischen Grades Legum Magister Lipsiensis (abgekürzt: LL.M. Lips.). Der Dekan der Juristenfakultät und der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unterzeichnen die Magisterurkunde. Sie trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. Sie erhält das Siegel der Juristenfakultät.
- (2) Täuschte der Bewerber bei einer Prüfung und wird dies erst nach Aushändigung der Magisterurkunde bekannt, so kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (3) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Bewerber hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Magisterurkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Be-

stehen der Prüfung geheilt. Hat der Bewerber die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Dekan über die Gültigkeit der Prüfung.

- (4) Die unrichtige Magisterurkunde wird eingezogen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

## **§ 20**

### **Wiederholung der Magisterprüfung**

- (1) Ist die Magisterarbeit abgelehnt worden, so kann in einem neuen Verfahren einmal eine andere Magisterarbeit (§ 12) vorgelegt werden. Der Antrag auf Wiederholung ist innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Ablehnung der Magisterarbeit zu stellen. Für die Zulassung zur Wiederholung gilt § 9 Abs. 3 entsprechend. Für die Anfertigung der anderen Magisterarbeit gilt § 12 entsprechend. Das Thema der Magisterarbeit ist neu zu bestimmen, kann aber dem gleichen Rechtsgebiet entstammen.
- (2) Ist die mündliche Prüfung nicht bestanden, so kann sie einmal wiederholt werden. Der Antrag auf Wiederholung der mündlichen Prüfung ist innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der nicht bestanden mündlichen Prüfung zu stellen.

## **§ 21**

### **Einsichtnahme in die Prüfungsakten**

Nach Abschluß des Prüfungsverfahrens kann der Bewerber die Prüfungsakten einsehen. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Abschluß des Verfahrens beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

**§ 22**  
**Inkrafttreten**

- (1) Diese Ordnung wurde am 29.10.1997 vom Fakultätsrat der Juristenfakultät der Universität Leipzig beschlossen, ausgefertigt auf Beschluß des Senats vom 12.03.1996 und durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 02.03.1998 genehmigt.
- (2) Diese Ordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Leipzig, den 23.03.1998

Prof. Dr. med. V. Bigl  
Rektor